

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband München-Land

# **Mit GRÜNER Energie in die Zukunft!**

## **Nachhaltig – sozial – weltoffen.**

**Das Programm zur Kreistagswahl 2014**

München, 9. Oktober 2013

# Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL.....	2
FRISCHER WIND FÜR DIE ENERGIEWENDE.....	4
UMWELTSCHUTZ STÄRKEN, LEBENSQUALITÄT SICHERN.....	7
UMWELTGERECHTE UND SOZIALE MOBILITÄT.....	9
NACHHALTIGE SIEDLUNGSPOLITIK – DEN FLÄCHENFRASS STOPPEN.....	12
GERECHTE SOZIAL- UND FAMILIENPOLITIK.....	14
BILDUNG UND SCHULE.....	17
DASEINSVORSORGE IN ÖFFENTLICHER HAND.....	19
UMWELTFREUNDLICHES WIRTSCHAFTEN STÄRKEN.....	20
REGIONALE ZUSAMMENARBEIT.....	22
WELTOFFENER LANDKREIS MÜNCHEN.....	23
MEHR DEMOKRATIE.....	24

## PRÄAMBEL

### **Der Landkreis München braucht starke Grüne**

Am 16. März 2014 finden die bayerischen Kommunalwahlen statt. Im Landkreis München werden die Mitglieder des Kreistags und die Landrätin bzw. der Landrat, die Stadt- und Gemeinderäte in den 29 Städten und Gemeinden und viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gewählt.

DIE GRÜNEN prägen die Politik im Landkreis München seit über 30 Jahren maßgeblich mit. In dieser Zeit haben wir viel erreicht – im Landkreis, in den Städten und in den Gemeinden. So haben wir GRÜNE beispielsweise Themen wie den Klimaschutz in alle Kommunalparlamente getragen. Viele Umweltschutzmaßnahmen, kommunale Energiekonzepte, Schutzgebietsausweisungen, Abfallrecycling, den Ausbau des Busnetzes oder den Nahverkehrsplan haben wir angeschoben und dafür gesorgt, dass diese Projekte umgesetzt wurden.

Auch bei den jugend- und sozialpolitischen Themen konnten wir viel erreichen:

- Bessere Angebote bei der offenen Jugendarbeit oder der Integration, mehr Jugendsozialarbeit an Schulen oder Förderung von Projekten, mit denen arbeitslose Jugendliche unterstützt werden.
- Umsetzung neuer Projekte bei der Kinderbetreuung, mit denen es den Landkreisbewohnern ermöglicht wird, Familie und Beruf zu vereinbaren.
- Mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen, die in Not geraten sind, beispielsweise bei finanziellen Schwierigkeiten, drohender Obdachlosigkeit, bei Gewalt im häuslichen Umfeld oder wenn die Menschen bei der Bewältigung des normalen Alltags schlicht überfordert sind.
- Individuell zugeschnittene Pflegeangebote für ältere Menschen, die solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben wollen.

Dennoch gibt es viel zu tun. Der Landkreis München muss sich noch stärker zu einer sozialen, familienfreundlichen, ökologisch orientierten und weltoffenen Region mit hoher Lebensqualität entwickeln. Mit der Arbeit der GRÜNEN wollen wir diese Werte für die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft sichern und verbessern. Die großen Zukunftsfragen wie die Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien und eine nachhaltige Verkehrs- und Siedlungspolitik packen wir engagiert an.

Für die sozialen Herausforderungen haben wir Antworten: Zum Beispiel bei der Verbesserung der Situation sozial benachteiligter Menschen, bei der Vermeidung von Armut oder bei der großen Frage, wie die Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Alltag umgesetzt werden kann.

In einigen dieser Bereiche waren wir bereits erfolgreich: Seit 2010 gibt es einen Armutsbericht, ein senioren-politisches Gesamtkonzept und 2013 wurde auch das lange von uns geforderte Sozialticket für den MVV beschlossen.

Wir GRÜNEN werden uns auch in der nächsten Wahlperiode von 2014 bis 2020 als der entscheidende Motor für eine konsequente ökologische und soziale Politik einsetzen.

### **Mehr GRÜN für den Landkreis München und seine Gemeinden**

DIE GRÜNEN haben viel erreicht. Aber es warten noch viele weitere wichtige Aufgaben auf uns. Deshalb wollen wir, dass mehr engagierte Kommunalpolitiker der GRÜNEN und grünahestehender Gruppierungen in den Gremien des Landkreises und der 29 Städte und Gemeinden Verantwortung übernehmen können. Wir wollen die Zahl unserer derzeit zehn Kreistagsmandate zu erhöhen. Wir haben viele engagierte und qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten. Sie wollen Verantwortung tragen und die Politik in unserem Landkreis aktiv gestalten.

Die Grünen im Landkreis München

Oktober 2013

## FRISCHER WIND FÜR DIE ENERGIEWENDE

Der Landkreis München hat sich zu seiner Verantwortung für den Klimaschutz bekannt und im Jahr 2006 einstimmig eine eigene Energie-Vision beschlossen. Bis 2050 soll der Energieverbrauch im Landkreis München um 60% auf 40% des damaligen Energieverbrauchs sinken. Die dann noch benötigte Energie soll spätestens ab diesem Zeitpunkt vollständig durch regenerative Energieträger erzeugt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies früher der Fall ist.

Leider ist seit 2006 über Jahre hinweg keine nennenswerte Entwicklung erfolgt, die der Dringlichkeit des Klimaschutzes gerecht wird. Jetzt liegt auf unseren Antrag hin ein Klimaschutzprogramm mit über 30 Maßnahmen vor. Demgegenüber sind viele der erfolgreichen Initiativen dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger und Einzelprojekten in den Gemeinden geschuldet. Neben einzelner positiver Projekte lässt der Landkreis noch immer die notwendigen koordinierenden und fördernden Aktivitäten vermissen. Nach der tragischen Katastrophe von Fukushima hat die Debatte um die Energiewende zwar eine neue Dynamik erhalten, sie ist aber noch immer nicht in der Form angekommen, dass konkrete Projekte auch von der öffentlichen Hand in größerem Umfang umgesetzt würden.

Wir wollen, dass der Landkreis München zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern eine innovative und vorbildhafte Rolle bei der Umstellung unserer Energieversorgung auf 100% erneuerbare Energiequellen einnimmt, selbst in regenerative Energien investiert und auf Landkreisebene Bürgerbeteiligungsmodelle unterstützt und fördert.

### **Vorbildfunktion des Landkreises**

Der Landkreis München darf sich nicht auf Appelle an private Haushalte beschränken, sondern muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Die Grundregeln einer zukunftsorientierten Energiepolitik müssen auch im Landkreis München zur Geltung kommen und als Leitbild formuliert werden: Energie sparen - Energie effizient nutzen - regenerative Energien ausbauen - dezentrale Energieerzeugung fördern!

Bisher haben wir erreicht, dass die Gebäude des Landkreises weitgehend auf einen bestmöglichen und energetisch zeitgemäßen Stand gebracht werden und erste Verbesserungen beim Fuhrpark des Landkreises erfolgten. Unter anderem wurden Elektrofahrzeuge angeschafft sowie Elektrotankstellen, an denen alle Bürgerinnen und Bürger kostenlos Ökostrom tanken können. Es bleibt aber weiterhin viel zu tun: Der Verbrauch des Fuhrparks des Landkreises kann deutlich gesenkt werden und wir wollen erreichen, dass bei allen Neubauvorhaben und bei allen Sanierungen an Gebäuden des Landkreises der Passivhausstandard eingehalten wird.

### **Vernetzungsfunktion des Landkreises**

Um die Gemeinden zu unterstützen und die Aktivitäten im Bereich der Energiewende zu koordinieren, soll der Landkreis eine Vermittlerrolle einnehmen. Dazu zählt beispielsweise auch die Beratung bei der Möglichkeit der Übernahme der Strom- und Gasnetze durch die jeweilige Kommune. Für diese und weitere Aufgaben möchten wir im Landratsamt die personellen Kapazitäten ausweiten.

## **Informationsfunktion des Landkreises**

In regelmäßigen Abständen sollen die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises über den Fortschritt der Maßnahmen informiert werden (Energiebericht).

## **Energieeinsparung**

Mit der Optimierung des Energieverbrauches und der Nutzung effizienter Energietechniken können Privathaushalte, Handwerk und Handel, Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen sowie Kommunen und kirchliche Einrichtungen große Einsparungen erreichen.

Die beschlossenen und darüber hinaus erforderlichen Einsparziele erfordern weitere Anstrengungen. Wir setzen uns deshalb ein für:

- die Umsetzung des Klimaschutzprogrammes des Landkreises München
- die energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden
- Passivenergiehausstandard bei Neubauten des Landkreises und der Schulgebäude der Zweckverbände
- Verwendung sparsamerer Geräte und Fahrzeuge
- Beratung und finanzielle Unterstützung von Haushalten mit geringerem Einkommen, z.B. bei der Anschaffung energieeffizienterer Geräte
- Förderung der Energieberatung

Die Stellen des Landkreises, die mit Baumaßnahmen befasst sind, müssen mit den notwendigen Kompetenzen und ausreichend Personal ausgestattet werden, um das kommunale Energiemanagement, die Beratung der Gemeinden, der Gewerbetreibenden und einzelner Bauherren in allen Energiefragen und die Überprüfung von Bebauungsplänen nach energetischen Gesichtspunkten umsetzen zu können.

## **Erneuerbare Energien**

Um die Energiewende umsetzen zu können, wollen wir die Nutzung erneuerbarer Energien ausweiten:

- Ausbau der regenerativen Stromerzeugung wie Photovoltaik, Windkraft und Geothermie
- Einsatz regenerativer Energiequellen für die Gebäudebeheizung (Sonnenwärme, Geothermie, Umweltwärme)
- Förderung der Einführung und Anwendung neuer Energietechnologien
- Dezentrale Energieversorgung
- Anwendung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in Blockheizkraftwerken (BHKW) und Einführung der Brennstoffzellentechnik
- Unterstützung und Förderung von Energiegenossenschaften, Energie aus der Region für die Region
- Erstellung eines Windkraftkonzeptes für den Landkreis München (Windmessung und Vorschlag für ein Standortkonzept) unter Einbeziehung von Klein-Windenergieanlagen
- Einsatz von neuen Batteriespeichertechniken, die die Volatilität der Erneuerbaren ausgleichen helfen
- Beschaffung von Elektrofahrzeugen und Pedelecs in den Einrichtungen des Landkreises und der Gemeinden sowie weiterer Ökostrom-Tankstellen

## **Öko-Strom**

Die Liberalisierung des Strommarktes und das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) haben den Energiemarkt gravierend verändert. Regenerative Energien boomen. Jede/r Einzelne kann seinen Stromlieferanten frei wählen, auch kommunale Einrichtungen. Wir möchten Einrichtungen des Landkreises Strom von Anbietern beziehen, die diesen nachweislich aus regenerativen Energiequellen gewinnen (Zertifizierung durch das Grüne Stromlabel, TÜV oder OK-Power-Label). Ihren persönlichen Wechsel zu Anbietern von Öko-Strom haben die Mitglieder der GRÜNEN Kreistagsfraktion übrigens längst vollzogen.

## **Effiziente Heiztechnik bringt großen CO<sub>2</sub>-Einspareffekt**

Bei der Energieeinsparung hat der Landkreis bei seinen Gebäuden einiges geleistet - insbesondere auf Druck der GRÜNEN. Weitergehende Maßnahmen sind aber erforderlich, um den notwendigen Beitrag zum CO<sub>2</sub>-Einsparungsziel zu erreichen. Zum Beispiel im Bereich der Wärmeversorgung gibt es großen Handlungsbedarf: Bei der Erneuerung von Heizungsanlagen und bei allen Neubauten sind der Einsatz von Blockheizkraftwerken und Biomasse-Heizkraftwerken, der Anschluss an die Geothermie oder andere geeignete Nahwärmenetze vorzusehen. Es sollte immer die ökologisch sinnvollste Variante gewählt werden; sie wird sich mittel- und langfristig auch als die ökonomisch Sinnvollere erweisen. Außerdem wollen wir, dass Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und zur Heizungsunterstützung, sowie Photovoltaikanlagen zur Stromgewinnung eingesetzt werden. Die Energieversorgung der Zukunft ist ein Energiemix aus den verschiedenen erneuerbaren Energiequellen und einer dezentral unabhängigen Energiegewinnung. Eine dezentral aufgestellte Energiegewinnung- und Versorgung schafft lokale Arbeitsplätze und fördert die Lebensqualität in der Region.

## UMWELTSCHUTZ STÄRKEN, LEBENSQUALITÄT SICHERN

### **Ausweisung und Sicherung von Schutzgebieten**

Das südliche Isartal und die nördlichen Isarauen wollen wir als Naturschutzgebiet ausweisen. Damit wollen wir zum einen die Funktion der Isarauen als überregionale Biotopverundachse, zum andern die Funktion als Naherholungsgebiet für die Zukunft sichern. Schutzmaßnahmen und Nutzungsmöglichkeiten wollen wir einvernehmlich austarieren. Ein positiv verabschiedeter GRÜNEN-Antrag liegt derzeit bei der Regierung von Oberbayern zur Genehmigung vor.

Für einen effektiven Trinkwasserschutz ist es erforderlich, die Wasserschutzgebiete auszuweiten.

In FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU) müssen Maßnahmen zur Sicherung der Arten und Biotopbestände ergriffen werden.

Die regionalen Grünzüge und Bannwälder wollen wir vor dem Zugriff von „bauhungrigen“ Politikern und Investoren schützen. Wenn eine Bannwaldausweisung wegen Kiesabbau hinfällig wurde, muss nach erfolgtem Kiesabbau die Wiederausweisung als Bannwald schnellstmöglich erfolgen.

Diese Flächen erfüllen in der Region München wichtige und unverzichtbare Funktionen als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, zur Naherholung, zum Schutz von Boden, Luft und Wasser. Auch regionale Grünzüge, die dafür geschaffen wurden, unsere Siedlungsräume zu gliedern und zu begrenzen, Freiflächen zu erhalten und für Frischluft zu sorgen, sind durch Baugebietsausweisungen, Kiesabbau und Straßenbau bedroht. Wir treten für den kompromisslosen Erhalt und die Ausweitung unserer Bannwälder und der regionalen Grünzüge ein.

### **Die Isar - wieder sauber und reißend**

Im Süden Münchens wurden die ersten Schritte zu Renaturierung der Isar ergriffen. Sie wurde von ihrem alten Betonkorsett befreit. Noch vor wenigen Jahren war die Isar dort ein hässlicher Kanal, jetzt bietet sie ebenso wie seltenen Tier- und Pflanzenarten einen wunderschönen Naturraum. An vielen Stellen holt sich die Isar jetzt ihren ursprünglichen „Lebensraum“ zurück - nach jedem Hochwasser können wir sehen, wie der Fluss breiter wird und neuen Kiesbänke entstehen. Dieser Erfolg des Naturschutzes ist auch auf die unnachgiebige Politik der GRÜNEN zurück zu führen. Wir wollen nun, dass der Fluss nicht nur im Süden, sondern auch im Norden Münchens wieder natürlich und zugänglich wird. Dazu müssen weitere Renaturierungsmaßnahmen, mehr Wasser in der Isar statt im Kanal und mehr natürliches Geschiebe durchgesetzt werden.

### **Bio ist „in“!**

Der Ökologische Landbau wächst rasch. Das ist auch ein Erfolg Grüner Landwirtschaftspolitik. Die Vielzahl der jüngsten Lebensmittelskandale haben wiederholt gezeigt: Der ökologische Landbau ist die einzige zukunftsfähige Form, garantiert gesunde Lebensmittel zu produzieren. Der ökologische Landbau schont Boden, Luft und Trinkwasser. Er erhält intakte Landschaften und Lebensräume für heimische Tier- und Pflanzenarten, sichert die Existenz bäuerlicher Betriebe und sorgt für sichere Produkte für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Zudem werden wichtige Wirtschaftskreisläufe direkt regional eingebunden und unterstützen so die Wertschöpfungskette vor Ort.

Zur Förderung des ökologischen Landbaus und der gesunden Ernährung wollen wir erreichen, dass in den Kantinen des Landkreises und in den Schulmensen der Zweckverbandsschulen Bio-Lebensmittel aus der Region angeboten werden.

### **Gentechnikfreier Landkreis München**

Die Biobauern sind durch den Anbau genmanipulierter Pflanzen existenziell bedroht. Genetisch veränderte Pollen machen an der Flurstücksgrenze nicht halt. Verunreinigte Ware ist für Biobauern, die für Gentechnikfreiheit bürgen, nicht verkäuflich. Derzeit spielt der Anbau gentechnisch veränderter Organismen im Landkreis München glücklicherweise noch keine Rolle. Das muss so bleiben, deswegen treten die Grünen auf allen politischen Ebenen für gentechnikfreie Lebensmittelproduktion ein.

### **Direktvermarktung regionaler Produkte**

Auf Bundesebene konnten DIE GRÜNEN erfolgreiche Politik für den Öko-Landbau umsetzen. Doch auch im Landkreis kann noch viel getan werden. Deshalb fordern wir sinnvolle Direktvermarktungsmöglichkeiten für unsere Landwirte. Der Landkreis soll in seinen Kantinen und Einrichtungen Produkte aus ökologischer Erzeugung aus der Region, sowie aus fairem Handel verwenden. Darüber hinaus möchten wir faire und ökologische Produkte aus der Region bekannter machen und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort aufzeigen und erweitern.

### **Verzicht auf atomwaffenfähiges Uran im Atomreaktor in Garching**

Wir fordern von der Technischen Universität München und der Bayerischen Staatsregierung, auf hochangereichertes, waffenfähiges Uran (HEU) gänzlich zu verzichten und umgehend auf nicht waffenfähiges niedrigangereichertes Uran (LEU) umzustellen.

Die Einleitungen von radioaktiv verseuchtem Abwasser in die Isar muss beendet werden. Vielen Badenden ist gar nicht bewusst, dass beim Reaktor radioaktiv kontaminiertes Abwasser eingeleitet wird bzw. werden darf.

## UMWELTGERECHTE UND SOZIALE MOBILITÄT

Mobilität ist ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Im Anbetracht der schwerwiegenden globalen Klimaveränderungen muss dabei einerseits die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen oberster Maßstab jeder Verkehrsplanung sein. Andererseits erfordert der absehbare Wandel in der Bevölkerungsstruktur Konzepte, die die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger auch im Alter sicher stellen.

In der Kommunalpolitik entsteht unter diesen Rahmenbedingungen ein großer Handlungsbedarf. Grüne Leitlinie ist dabei das Ziel einer „Gemeinde der kurzen Wege“.

### **Fuß- und Fahrradverkehr fördern**

Der Fahrradverkehr erfreut sich wachsender Beliebtheit – sowohl innerorts als auch im Berufs- und Freizeitverkehr. Immer mehr Menschen sehen es als Gewinn an Lebensqualität, möglichst viele alltägliche Wege, z.B. zum Einkaufen oder in der Freizeit, zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen zu können. Zudem könnte ein Großteil der mit dem Auto zurückgelegten täglichen Wege mit dem Fahrrad bewältigt werden, da diese kürzer als fünf Kilometer sind.

Leider sind die meisten Gemeinden im Landkreis München und die Wegeverbindungen zwischen den Gemeinden noch viel zu sehr auf den Autoverkehr ausgerichtet. Es gilt daher, einen Paradigmenwechsel anzustoßen. Bei der Planung des innerörtlichen Verkehrs sollte deshalb künftig dem nichtmotorisierten Verkehr ein gleicher Stellenwert eingeräumt werden.

Fuß- und Radverkehrswege sollten entsprechend den neuesten Empfehlungen angelegt werden, denn nur eine attraktive und barrierefreie Infrastruktur wird die wünschenswerten Veränderung in der Verkehrsmittelwahl positiv beeinflussen.

Auf der Grundlage des Radwegekonzeptes des Landkreises sollte ein dichtes Radwegenetz im Landkreis errichtet werden, das attraktive Verbindungen zwischen den Gemeinden, in die Stadt München sowie in Orte angrenzender Landkreise ermöglicht. An den Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs müssen zudem mehr und hochwertige Fahrradabstellmöglichkeiten eingerichtet werden.

### **S-Bahn sinnvoll ausbauen**

Das Rückgrat des ÖPNV im Landkreis München ist auch weiterhin die S-Bahn. Hier gilt es, die seit langem geforderten Verbesserungen an Fahrplan und Netz endlich in die Tat umzusetzen, mehr Züge fahren zu lassen und die Pünktlichkeit zu verbessern. Das bedeutet:

- Verdichtung der Taktzeiten im Stoßverkehr auf einen 10-Minuten-Takt und einen durchgehenden 20-Minuten-Takt auf den Außenästen
- Verzicht auf den zweiten S-Bahntunnel, der dem Landkreis keine Vorteile bietet aber aufgrund der hohen Kosten Investitionen in wichtigeren Ausbaumaßnahmen wie barrierefreie Zugänge und Taktverdichtungen an den Außenästen blockiert.
- Stattdessen Erhöhung der Kapazitäten auf der S-Bahn-Stammstrecke zwischen Pasing und Ostbahnhof durch die Errichtung des S-Bahn-Südrings von Pasing/Laim über die Haltepunkte Heimeranplatz, Poccistraße und Kolumbusplatz zum Ostbahnhof.
- Zweigleisiger Ausbau bislang eingleisig trassierter S-Bahnstrecken.
- Zusätzliche Haltepunkte der Regionalzüge und der S-Bahn (zum Beispiel an der

Menterschwaige mit Verknüpfung zur Trambahn).

### **Regionaler Omnibusverkehr**

Das bestehende Regionalbusnetz im Landkreis München kann mit vergleichsweise preiswerten Maßnahmen in erheblichem Umfang zu einem attraktiven und engmaschigen ÖPNV-Netz beitragen. Notwendig ist hier eine Neuordnung aller Buslinien im Landkreis für eine optimale innerörtliche Erschließung und eine aufeinander abgestimmte überörtliche Verknüpfung sämtlicher Buslinien untereinander und mit den übrigen Verkehrsmitteln.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür haben wir im Kreistag initiiert und durchgesetzt: den Nahverkehrsplan. Mit dem Nahverkehrsplan verfügt der Landkreis erstmalig über ein detailliertes und stimmiges Entwicklungskonzept mit allgemeinen Qualitätsanforderungen für einen deutlich verbesserten Busverkehr. Nun gilt es, dieses Konzept Schritt für Schritt in die Tat umzusetzen. Dafür werden wir sorgen.

### **Alternative Mobilitätskonzepte und Antriebe**

Wir Grüne wollen alternative Mobilitätskonzepte fördern, die die Unabhängigkeit vom PKW erhöht. Dazu zählen Car-Sharing-Angebote, Fahrradverleihsysteme (auch mit Pedelecs) sowie Elektrofahrzeuge samt zugehöriger Infrastruktur. Im Bereich des Regionalbusverkehrs haben wir den Einsatz von Hybridbussen durchgesetzt. Zur Erprobung und Verbesserung dieser Antriebstechnik wollen wir weitere Hybridbusse einsetzen.

### **Transparente Preisgestaltung**

Mobilität hat ihren Preis, auch im öffentlichen Verkehr. Die Preiserhöhungen beim MVV sind jedoch immer weniger nachvollziehbar, zumal zumindest bei der störanfälligen S-Bahn die Leistung schon länger nicht mehr stimmt. Hunderttausende Pendlerinnen und Pendler klagen täglich über Verspätungen, überfüllte Züge und zu wenig Wagenmaterial. Preistreiber im MVV ist die Deutsche Bahn AG, deren S-Bahn satte Gewinne erwirtschaftet, diese jedoch an den Konzern nach Berlin abführt. Der DB-Konzern investiert die Gewinne aus der Münchner S-Bahn in Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 oder in Logistikunternehmen im Ausland. Diesen Missstand kann zwar der Landkreis München alleine nicht abstellen. Aber wir wollen, dass die Vertreter des Landkreises in der MVV-Gesellschafterversammlung auf eine transparente Preisgestaltung drängen, welche die Preistreiber im MVV sichtbar macht, und Mehrheiten für eine Änderung der Tarifpolitik sammeln.

### **Nein zum Autobahn-Südring**

Der Bau eines Autobahn-Südrings wäre für den Raum München eine Katastrophe. Die einzigartigen Waldgebiete des Grünwalder und Perlacher Forstes, sowie des Forstenrieder Parks und des Isartals würden durchschnitten. Ihre wichtigen ökologischen Funktionen wären stark gemindert, die Frischluftzufuhr für die Landeshauptstadt gebremst und eines der wichtigsten Naherholungsgebiete der Millionenstadt zerstört. Auch bei einer eventuellen Tunnel- oder Troglösung wären schwerwiegende Beeinträchtigungen des Grundwasserhaushaltes und eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung zu befürchten. Die GRÜNEN sind die einzige Partei, die auf allen politischen Ebenen gleichermaßen gegen den Autobahn-Südring eintritt.

## **Immissionsschutz**

Im dicht besiedelten und verkehrsreichen Ballungsraum München leiden besonders viele Bürgerinnen und Bürger unter Lärm- und Abgasimmissionen des Straßenverkehrs. Die Lärm- und Abgasbelastung zu reduzieren ist eines unserer vorrangigen Ziele im neuen Kreistag. Dies gelingt am besten durch Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel. Aber auch eine verkehrsvermeidende Siedlungsentwicklung trägt zum Lärmschutz bei. Darüber hinaus sind Geschwindigkeitsbeschränkungen, auch besondere Reduzierungen in der Nacht, eine geeignete und preiswerte Maßnahme. Schließlich gibt es die Möglichkeit, durch bauliche Lärmschutzmaßnahmen von Flüsterbelägen bis zu Lärmschutzwänden, die Anwohnerinnen und Anwohner gezielt zu schützen. Neben einer effektiven Lärmaktionsplanung auf Kreis- und Gemeindeebene haben wir für konkrete Lärmschutzmaßnahmen ein jährliches Investitionsprogramm des Landkreises mit einem Volumen von 1,5 Millionen Euro durchgesetzt.

## NACHHALTIGE SIEDLUNGSPOLITIK – DEN FLÄCHENFRASS STOPPEN

Grüne, nachhaltige Siedlungspolitik vermeidet Flächenfraß und sorgt für umweltfreundliche Wohnmöglichkeiten, die allen Generationen offenstehen.

### **Flächenfraß stoppen**

Der Schutz der bestehenden Grünflächen und Wälder ist eines der wichtigsten Ziele unserer Politik. Naherholungsgebiete in der Natur sind wichtig für unsere Lebensqualität. Neue Gewerbegebiete mit Großhandelsketten auf der grünen Wiese wollen wir zugunsten kleinerer Läden in den Ortszentren vermeiden. Großprojekte im Münchner Landkreis, wie Bau- und Möbelmärkte auf der grünen Wiese, die riesige Flächen irreparabel versiegeln, müssen weiterhin von grüner Politik erfolgreich vermieden werden. Nur durch ressourcenschonenden Umgang mit unserer Natur können unsere Flächen und Böden auch für kommende Generationen erhalten werden!

### **Bauen und Wohnen - nachhaltig und zukunftsfähig**

Dem Siedlungsdruck kann nur mit einer Nachverdichtung bestehender Gebiete begegnet werden. Dabei ist auf generationengerechtes und umweltverträgliches Bauen zu achten. Neue Wohnungen müssen barrierefrei und dem demographischen Wandel angepasst sein, z.B. in Form von Mehrgenerationenhäusern. Bestehende Wohnungen sind dem anzupassen bzw. durch Wohnungstauschprojekte bedarfsgerecht zu verteilen.

Besonders zu berücksichtigen ist der Wärmeschutz von Gebäuden, durch den sich Energie, CO<sub>2</sub>-Ausstoß und für die Nutzer auch Geld sparen lässt. Vom Gesamtenergieverbrauch eines Privathaushaltes (Mobilität ausgenommen) entfallen ca. 85% auf Raumheizung und Warmwasserbereitung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei Neubauten und Sanierungen möglichst energiesparend gebaut wird und nur regenerative Energien zum Einsatz kommen.

Um Individualverkehr zu vermeiden, sollen Wohngebiete und Bahnhöfe mit ausreichend Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs verbunden sein. Projekte wie autofreies Wohnen wollen wir fördern und Orte des Wohnens und Arbeitens miteinander verbinden.

### **Mietpreise im Zaum halten**

Der Landkreis München steht unter einem sehr starken Zuzugsdruck, was die Mieten der bestehenden Wohnungen in den letzten Jahren explodieren ließ.

Durch maßvolle Ausweisung neuer Wohnbaugebiete in den Gemeinden an geeigneten Stellen, wie z.B. an den S-Bahnästen, Abrundungen von bestehenden Siedlungen und Schließen von Baulücken speziell für geförderten Wohnungsbau kann der Landkreis München zusammen mit der Baugesellschaft München-Land einen Teil dazu beitragen, dass die Mieten nicht im gleichen Maße steigen wie bisher.

Die gerade erst beschlossene finanzielle Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus durch den Landkreis ist aufzustocken.

Der Landkreis soll gezielt den Genossenschaftswohnbau fördern, um die hohen Mietpreise des freien Wohnungsmarktes einzudämmen. Träger von Genossenschaftswohnungen sollen unterstützt und deren Angebot durch kommunalen Wohnungsbau ergänzt werden.

### **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN treten ein für:**

- Nachverdichtung statt Neuausweisung: Bevor neue Baugebiete am Ortsrand, abseits der öffentlichen Verkehrsmittel ausgewiesen werden, müssen zunächst alle Möglichkeiten der

innerörtlichen Nachverdichtung ausgeschöpft sein.

- Wohnen und Arbeiten am gleichen Ort: Gewerbeflächen dürfen nur noch dann ausgewiesen werden, wenn gleichzeitig ein entsprechendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum geschaffen wird. Schwerpunkt zukünftiger Baupolitik muss im Bereich des Wohnungsbaus liegen.
- Unterstützung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus: Wohnungssuchenden, die bereit sind, in gemeinschaftlicher Selbsthilfe den Bau von Wohnungen zu organisieren, sind vergünstigte Grundstücke und Darlehen zur Verfügung zu stellen. Denn durch genossenschaftlich organisierte Projekte werden langfristig preisgebundene Wohnungen geschaffen.
- Förderung des kommunalen und sozialen Wohnungsbaus: Wohnungssuchende wollen wir über den kommunalen Wohnungsbau, zum Beispiel über Projekte der Baugesellschaft München-Land versorgen. Denn derzeit liegen 700 Anträge auf Sozialwohnungen vor, die nicht vermittelt werden können.
- Barrierefreie Wohnungen: Der Behindertenhilfeplan belegt, dass es zu wenig Wohnungen für ältere und behinderte Menschen gibt. Deshalb muss eine Förderung immer zur Bedingung haben, dass die Wohnungen barrierefrei gebaut werden.
- Förderung des integrierten Wohnens: Wir setzen uns für die Förderung integrierter Wohnprojekte ein, bei denen unterschiedliche Altersgruppen und soziale Schichten miteinander wohnen. Damit kann eine Ghettobildung in den Wohnquartieren vermieden werden.
- Gerade an die Jüngeren muss in der Wohnungspolitik gedacht werden (kleine Appartements, Möglichkeit für Wohngemeinschaften), damit der Auszug aus dem Elternhaus nicht zwangsläufig mit dem Wegzug aus der Gemeinde verbunden ist.

## **Ökologische Grundsätze**

Bei öffentlichen Bauvorhaben im Landkreis München muss auf die Umweltverträglichkeit der Baumaterialien wie PVC-Freiheit, Verbot von Tropenholz, natürliche Dämmstoffe etc. geachtet werden. Darüber hinaus sollen die Städte und Gemeinden entsprechende Hinweise in die Bauleitplanung einfließen lassen und die Verwendung umweltverträglicher Baumaterialien beim Verkauf von Grundstücken und bei der Inanspruchnahme von Förderprogrammen zur Bedingung zu machen.

## GERECHTE SOZIAL- UND FAMILIENPOLITIK

Wir GRÜNE setzen uns für eine Politik ein, die allen Gruppen ein menschenwürdiges Leben und Wohlfahrt ermöglicht. Dabei denken wir an Kinder und Jugendliche, deren Familien, ältere Menschen und an die Gleichstellung von Mann und Frau. Außerdem stehen wir für die Bekämpfung von Armut und sozialer Spaltung im Landkreis München.

### **Alles inklusive - Auf dem Weg zum inklusiven Landkreis**

Wir GRÜNEN sind der Überzeugung: ALLE gehören von Anfang an dazu! Ob alt, ob jung, egal welcher Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung, ob mit oder ohne Behinderung. Das verstehen wir unter Inklusion. Sie ist Voraussetzung, damit alle gleichberechtigt in allen Lebensbereichen in unserem Landkreis teilhaben können.

### **Armut wirksam bekämpfen**

Mit dem Armutsbericht hat unser Landkreis einen Meilenstein gesetzt. Für die praktische Sozialpolitik ist er unverzichtbar, deshalb muss er fortgeschrieben werden. Denn Armut bekämpft man nicht mit unkoordinierten Einzelmaßnahmen, wir brauchen dazu ein einheitliches Konzept für München-Land.

Unser Landkreis ist einer der reichsten in Deutschland. Trotzdem haben wir mit erheblichen sozialen Spaltungen zu kämpfen. Diese lassen sich auch räumlich darstellen. Augenfällig ist dies bei den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, die im Landkreis München auf wenige Standorte konzentriert sind (bspw. Putzbrunn, Haar, Ober- und Unterschleißheim). Ähnliche Konzentrationen lassen sich auch bei Menschen mit Migrationshintergrund oder Alleinerziehenden feststellen. Auf die Dauer ist dies keine gesunde Entwicklung. Wenn wir mehr Vielfalt wollen, müssen die unterschiedlichen Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenswelten im Alltag näher zusammenrücken.

### **Kinder sind unsere Zukunft**

Investitionen für Kinder sind auch Investitionen für unsere Zukunft! Gerade in unserem Landkreis ist die Versorgung mit Krippen, Kindertagesstätten und -horten sehr unterschiedlich. Dies liegt auch an der unterschiedlichen Finanzkraft der einzelnen Kommunen. Wir müssen Wege finden, dass Kinder und ihre Eltern, egal wo sie im Landkreis wohnen, ein umfassendes, qualitativ hochwertiges Angebot vor Ort erhalten, unabhängig von Herkunft und Einkünften.

### **Junge Politik mit Lust und Leidenschaft**

Viele Jugendlichen denken, dass Politik nichts mit ihrem Leben zu tun hat. Eigentlich findet nur sehr wenig Kommunikation zwischen Jugendlichen und Politikern statt. Andererseits interessieren sich Jugendliche sehr stark für Themen wie Umwelt, Bürgerrechte, Gerechtigkeit und wünschen sich eine vielfältige und lebendige Jugendkultur. Deswegen müssen Jugendliche an der Kommunalpolitik besser beteiligt werden. Jugendparlamente müssen ernst genommen und echte Entscheidungsrechte erhalten.

Immer mehr junge Menschen benötigen Unterstützung bei persönlichen, familiären oder schulischen Problemen vor Ort. Wichtig ist hierbei ein entsprechendes Angebot zu schaffen, das für sie erreichbar und hilfreich ist.

### **Geschlechtergerechtigkeit in unserem Landkreis**

Die Gleichstellung ist auch in unserem Landkreis ein wichtiges Ziel. Hier muss der Landkreis als Arbeitgeber noch stärker zum Vorbild werden! Wir GRÜNEN begreifen diese Aufgabe als übergeordnete Querschnittsaufgabe, die in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen Wirklichkeit werden muss!

### **Älter werden im Landkreis München – Demografischer Wandel**

Wie überall in Deutschland werden im Landkreis München in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mehr und mehr die Herausforderungen und Probleme des Demografischen Wandels zu Tage treten. Wir treten dafür ein, dass

- die Potenziale des Alters anerkannt und genutzt werden. Statt Alter vor allem als Defizit zu betrachten, wird es in Zukunft immer mehr darauf ankommen, die Fähigkeiten und Kenntnisse zu nutzen, die Menschen im Laufe ihres Lebens erworben haben.
- generationenübergreifende Ansätze wie Mehrgenerationenhäuser und –projekte gezielt gefördert werden, um die Begegnung und das Zusammenleben älterer Menschen und junger Familien zu ermöglichen und die gegenseitige Unterstützung zu fördern.
- Möglichkeiten für neue Wohnformen für Ältere geschaffen und gefördert werden mit dem Ziel, dass professionelle Pflege und bürgerschaftliches Engagement verknüpft werden, wie es besonders in kleinräumigen Einheiten gut funktioniert.
- der Landkreis München gerade mit Blick auf die Mobilitätseinschränkungen im Alter zu einem Landkreis der kurzen und barrierefreien Wege wird. Das bedeutet eine wohnortnahe Infrastruktur und ein gut ausgebauter - im Sinne des Inklusionsgedankens - alten- und behindertengerechter öffentlicher Nahverkehr.
- möglichst rasch ausreichend bezahlbarer und den Bedürfnissen aller Generationen gerecht werdender Wohnraum geschaffen wird.
- alle Dienstleistungen des Landkreises München barrierefrei sein müssen (z.B. Internet, Freizeit- und Kulturangebote, Behördenleistungen).
- der Landkreis vorrangig Projekte fördern soll, die von möglichst vielen Menschen genutzt werden können (z.B. Vereins- oder Sportförderung).
- die Fortschreibung des Armutsberichts des Landkreises mit noch genaueren Zahlen für die Kommunen
- den Ausbau der niedrigschwelligen sozialen Beratungsangebote vor Ort (z.B. Energie-sparberatung für einkommensschwache Familien, Schuldnerberatung, Beratung für Migrantinnen und Migranten).
- Krippen, Kindergarten- und Hortplätze flächendeckend und bezahlbar für Alle.
- Mehr bedarfsorientierte Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche.
- Jugendbeauftragte und Jugendparlamente, die Jugendsozialarbeit gestärkt wird, auch aus Mitteln des Landkreises.
- Das Landratsamt München soll sich an das Audit „Beruf und Familie“ anschließen.
- mehr Frauen in Leitungspositionen des Landratsamtes, mit dem Ziel dass 50 % dieser Posten mit Frauen besetzt sind.
- vielfältige und alternative Wohnformen für alle Generationen entwickelt werden.

- Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und umfassenden Nahversorgung vor Ort für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens (Einkaufen, medizinische Versorgung, Freizeitangebote).

## BILDUNG UND SCHULE

Wir Grüne wollen ein Schulsystem, das den Bedürfnissen der Kinder und den Wünschen der Eltern entspricht. Insbesondere wollen wir ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und die frühe Selektion nach der vierten Klasse abschaffen. All dies sind jedoch landespolitische Maßnahmen, auf die die Landkreispolitik keinen direkten Einfluss hat. Der Landkreis ist lediglich für die Gebäude und den Betrieb der weiterführenden Schulen (Gymnasien und Realschulen), der FOS / BOS und der Förderschulen zuständig.

Doch auch in diesem eng gefassten Zuständigkeitsbereich gibt es erhebliche Herausforderungen. Viele Schulgebäude sind überaltert und sanierungsbedürftig. Hier ist in der Vergangenheit viel versäumt worden.

Wir wollen die baulich zum Teil stark heruntergekommen Zweckverbandsschulen im Landkreis München zügig sanieren. Neben der überfälligen Beseitigung vieler baulicher Mängel, der Herstellung der Barrierefreiheit, der Sanierung schadstoffbelasteter Räume, dem Austausch undichter Fenster und veralteter Heizungen ist auf eine energetische Sanierung nach den jeweils bestmöglichen Energiestandards, vorzugsweise nach dem Passivhausstandard zu achten.

Der Zuzug in den Landkreis München ist ungebrochen. Daher werden zusätzliche weiterführende Schulen, wie z.B. ein Gymnasium in Ismaning und Grünwald und eine FOS / BOS in Unterschleißheim gebaut. Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen bei weiteren Schulen finden statt und damit wird der Bedarf noch nicht gedeckt sein. Es fehlen noch weitere Realschulen und eine FOS /BOS im südlichen Landkreis. Auch für ein Gymnasium in Unterföhring gäbe es genügend Schülerinnen und Schüler.

Bei der Architektur müssen die baulichen Voraussetzungen für moderne Lernformen geschaffen und die Gebäude nach Passivhausstandard energetisch vorbildlich und nach dem Grundsatz der Inklusion barrierefrei gebaut werden.

Dies ist bei der im Bau befindlichen FOS / BOS in Unterschleißheim durch die Berücksichtigung der Belange der SchulabgängerInnen des Blinden- und Sehbehindertenzentrums gelungen. Auch bei den anderen Zweckverbandsschulen sind die Anforderungen der Inklusion zu berücksichtigen.

### **Zweckverbandsschulen in die Hand des Landkreises**

Die Organisation der weiterführenden Schulen in Schulzweckverbänden mit den Standort- und umliegenden Gemeinden hat sich nach unserer Meinung bei vielen der Zweckverbandsschulen weder aus wirtschaftlicher und organisatorischer Sicht bewährt. Unterschiedliche finanzielle Verantwortungen und aufgeteilte Zuständigkeiten haben bereits in der Vergangenheit zu dem Sanierungsstau geführt, der es jetzt zum Teil nötig gemacht hat, bestehende Schulgebäude, die gerade einmal gut 30 bis 40 Jahre alt sind, abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen. Bei den Neubau- und Sanierungen führt die Aufteilung der Investitions- und Betriebskosten zwischen dem Landkreis und den beteiligten Gemeinden teilweise dazu, dass von den Gemeinden, die zwar durch die Investitions-, nicht aber von den Betriebskosten belastet werden (diese trägt der Landkreis alleine), kurzfristig gedacht wird. Bei Investitionen, die sich erst langfristig auszahlen, wollen die Gemeinden sparen - Stichworte sind hier der energetische Standard oder langlebige Baumaterialien. Im Ergebnis werden allzu häufig Fehlentscheidungen getroffen.

Die Konstruktion der Zweckverbände ist auf den Prüfstand zu stellen, die es in dieser Form auch nur im Landkreis München gibt. Im restlichen Bayern sind alleine die Landkreise für die Realschulen und Gymnasien zuständig.

## **Inklusion**

Der zum Glück nun auch rechtlich verankerte Grundsatz der Inklusion stellt das bayerische Bildungssystem vor große Herausforderungen. Er sieht vor, Kinder nicht den Bedingungen und Besonderheiten der Schule anzupassen, sondern die Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen und Besonderheiten der Schülerinnen und Schüler auszurichten.

Damit auf die individuellen Bedürfnisse aller Kinder in jeder Schulform eingegangen werden kann, müssen verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Der Landkreis München muss für die Umsetzung der baulichen Anforderungen der Inklusion in den Schulen, für die er zuständig ist, sorgen. Wir Grünen wollen, dass den inklusiven Schulen alle Hürden aus dem Weg geräumt werden, damit alle Schüler gemeinsam optimale Bedingungen an den weiterführenden Schulen, für die der Landkreis München zuständig ist, vorfinden.

Die vorhandenen Förderzentren der Erwin-Lesch-Schule / Hachinger-Tal-Schule in Unterhaching und der Rupert-Egenberger-Schule in Unterschleißheim und der dort untergebrachten zusätzlichen Einrichtungen müssen dennoch optimal unterstützt werden, denn es wird trotz aller Bemühungen um die Inklusion einen hohen Bedarf an einem individuell angepassten Rahmen für das Lernen und die Betreuung geben.

## **Kindertagesstätten**

Wir setzen uns für ausreichende, qualitativ gut ausgestattete und pädagogisch hervorragend arbeitende Kindertagesstätten ein, die den Bedürfnissen der Eltern und Kinder entsprechen. Wir brauchen nach wie vor neue Kindertagesstätten für alle Altersgruppen in kommunaler und freier Trägerschaft, deren Öffnungszeiten über acht Stunden hinausgehen. Wir wollen, dass die Gemeinden und Kommunen durch die Jugendhilfeplanung des Landkreises bei ihrer eigenen Planung unterstützt werden.

## DASEINSVORSORGE IN ÖFFENTLICHER HAND

### **Trinkwasser und Daseinsvorsorge muss kommunal bleiben**

In ganz Europa wird die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung diskutiert. Wir sehen dadurch die Versorgung der Bevölkerung mit gesundem Trinkwasser gefährdet, denn ein privates Unternehmen stellt nachvollziehbarerweise den Profit und nicht die Qualität in den Vordergrund. Eine Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung im Bereich der Daseinsvorsorge lehnen wir entschieden ab. Die Wasserversorgung muss Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben und möglichst dezentral organisiert sein. Nur so werden der flächendeckende Grundwasserschutz gewährleistet und die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte langfristig sicher gestellt.

Internationale Konzerne haben ein Interesse, im Rahmen sogenannter öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) bislang öffentliche Leistungen (meist beim Bau kommunaler Infrastruktur) zu übernehmen. So wurde bereits das Gymnasium in Höhenkirchen-Siegertsbrunn im Rahmen einer PPP realisiert.

Wir Grüne halten nichts von PPP und wollen, dass die Kommunen auch in Zukunft die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe in eigener Regie behalten. Wir setzen dabei auf demokratisch kontrollierte und transparente Strukturen anstatt auf diese versteckte Form der Verschuldung öffentlicher Haushalte. Eine Politik, die Gewinne privatisiert und Zuschussgeschäfte in öffentlicher Hand belässt, lehnen wir ab. Das Vertrauen in die Politik und in die Demokratie hängt auch davon ab, dass die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen für alle zugänglich und erschwinglich bleibt.

## UMWELTFREUNDLICHES WIRTSCHAFTEN STÄRKEN

Die Städte und Gemeinden des Landkreises liefern sich noch immer einen rasanten Wettlauf, möglichst viele Gewerbegebiete auszuweisen, große Märkte anzusiedeln und Betriebe mit immer niedrigeren Gewerbesteuersätzen in ihren Ort zu locken. Besser wäre es Gewerbegebiete gemeinsam mit den angrenzenden Gemeinden zu nutzen und die Gewerbesteuersätze zu harmonisieren.

Trotz der hohen Grundstückspreise ist der Landkreis München sowohl als Standort für Gewerbe als auch als Wohnort noch sehr attraktiv. Wenn die weichen Standortfaktoren aufgrund der verheerenden Auswirkungen dieses Wachstums, also des immensen Flächenverbrauchs und des zusätzlichen Straßenverkehrs nach und nach wegbrechen, wird die Lebensqualität für die gesamte Bevölkerung leiden. Es wird immer weniger Natur- und Freiflächen für die Naherholung geben, Verkehr und Lärm werden anwachsen. Auch die Luftqualität wird leiden, da die bisherigen Frischluftschneisen nach und nach zugebaut werden.

Dieser Form des Wachstums müssen Grenzen gesetzt werden. DIE GRÜNEN wollen sorgsam mit den Flächen umgehen und bei der Ansiedlungspolitik klare Prioritäten für umweltfreundliche Technologien und Produkte setzen.

### **Energiewende schafft Arbeitsplätze**

Bundesweit wurden 400.000 Arbeitsplätze im aufstrebenden Sektor der Erneuerbaren Energien geschaffen. Durch die politische Unsicherheit, die die schwarz-gelben Bundes- und Landesregierungen (z.B. mit kurzfristigen Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der dort festgelegten Sätze für die Stromeinspeisung oder der plötzlichen Erhöhung der Abstandsflächen, die von Windrädern einzuhalten sind) geschaffen haben, war diese Zahl zuletzt leicht rückläufig.

Wir GRÜNE wollen durch ein verstärktes Engagement des Landkreises für die Energiewende im eigenen Zuständigkeitsbereich, sowie durch Koordination der 29 Städte und Gemeinden des Landkreises und der Aktivierung weiteren Engagements bei Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen die zumeist mittelständischen Arbeitsplätze vermehren.

### **Förderung umweltfreundlicher Forschung und Technologie**

Firmen, die sich auf Forschung, Planung, umweltfreundliche Technologien und Produkte spezialisieren, werden wir unterstützen, insbesondere Unternehmen, die im Zukunftsmarkt der Erneuerbaren Energieversorgung tätig sind.

### **Förderung von Mittelstand und Kleingewerbe**

Mittelständische Unternehmen sowie kleinere Gewerbe- und Handwerksbetriebe erfahren bei uns ebenfalls Unterstützung, im Gegensatz zu "Multis" und "Ketten". Sie sind übersichtlicher und persönlicher strukturiert, haben meist eine zentrale Lage im Ort und können den Grundbedarf der Bevölkerung decken und Ausbildungsplätze bieten.

Handwerksbetriebe, Nahversorger und Wochenmärkte haben Unterstützung dringend nötig, wenn sie nicht ganz verschwinden sollen. Weitere Einkaufs- und Möbelmärkte auf der grünen Wiese lehnen wir ab, weil sie Zersiedelung und zusätzlichen Autoverkehr bedingen, enorme Flächen verbrauchen, den Markt einer ganzen Region beherrschen und den kleinen Läden das Wasser abgraben.

## **Maßvolle Verdichtung**

Wir wollen keine Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“, sondern die maßvolle Verdichtung innerhalb der vorhandenen Gewerbegebiete, Nähe von Wohnen und Arbeiten, Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, verbilligte Jobtickets und Angebote für das Handwerk.

Neuausweisungen von Gewerbegebieten sind angesichts der erheblichen Leerstände bei Büroflächen und den brachliegenden Gewerbe- und Industrieflächen nicht erforderlich. Neuausweisungen wären für uns nur in Ausnahmefällen denkbar, wenn sie ökologisch verträglich sind und gleichzeitig ausreichend Wohnraum geschaffen wird.

## **Vorbildfunktion des Landkreises**

Wir wollen, dass der Landkreis und die Gemeinden bei allen öffentlichen Beschaffungen (vom Bleistift über das Kopiergerät bis zum Dienstwagen), bei der Auswahl der Lebensmittel in Kantinen, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, bei allen Baumaßnahmen (Auswahl der Materialien) und bei eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten (Energieversorgung, Abfallentsorgung) und allen sonstigen Auftragsvergaben, verbindliche ökologische und soziale Kriterien entwickeln und einhalten.

## REGIONALE ZUSAMMENARBEIT

Die Entwicklungen der Landkreise, Städte und Gemeinden der gesamten Region München sind untrennbar miteinander verbunden. Trotzdem stellen wir fest, dass in unserer Region mehr gegeneinander gearbeitet wird. Wir dürfen das erwartete weitere Wachstum in der Region München aber nicht ungesteuert geschehen lassen, sondern müssen in Stadt und im Umland diese Herausforderungen gemeinsam angehen. Die derzeitigen Möglichkeiten der Kommunen sind jedoch beschränkt. Wir fordern den Freistaat Bayern auf, den Kommunen mehr Handlungsspielraum für eine sinnvolle Zusammenarbeit zu geben.

Die Zusammenarbeit darf sich aber nicht auf die Ebene der LandrätInnen, BürgermeisterInnen und Verwaltungsfachleute beschränken. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich breit beteiligen können und künftig in wesentlich mehr Entscheidungen eingebunden werden.

### Wir treten dafür ein, dass :

- die Zusammenarbeit zwischen der Stadt München und den Umlandkommunen muss transparent und demokratisch strukturiert werden. Dafür ist eine sinnvolle und praktikable Struktur nötig. Wäre nicht ein direkt zu wählendes Regionalparlament, das in der Metropolregion München für den ÖPNV, Wirtschaftsförderung und Regionalplanung ein Ansatz? Gelungene und effektive Zusammenarbeit in der Region München umfasst viel mehr als die reine Regionalplanung. Wir denken hier beispielhaft an Bereiche wie: Sozial- und Jugendhilfe, Kultur, Sport, Gesundheitswesen, Schulen, Abfallwirtschaft, Energieversorgung, regionale Wirtschaftsförderung, regionaler Naturschutz, regionale Verkehrsplanung und regionale Siedlungsentwicklung. Untersuchungen sind nötig, welche Aufgaben eine "Region München" zum Wohle aller übernehmen könnte.
- die Entwicklung der gesamten Region von allen Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. Wir wollen eine politische, demokratisch gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger für die Region mit verbindlichen Entscheidungsrechten.

## WELTOFFENER LANDKREIS MÜNCHEN

Gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen ist ein wichtiges Ziel grüner Kommunalpolitik. Das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen bereichert unser gesellschaftliches Leben ohne dabei jemanden zu bedrohen.

Deshalb ist es unser Ziel jedem/r die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben diskriminierungsfrei zu ermöglichen.

Gerade Asylbewerber/innen sind hierbei auf besondere Hilfe angewiesen. Wir möchten in der Bevölkerung breite Akzeptanz für die Aufnahme von Flüchtlingen schaffen. Die Asylsuchenden sollten menschenwürdige Lebensbedingungen sowie eine intensive Unterstützung und Beratung vor Ort vorfinden. Viele der Flüchtlinge haben Familienangehörige verloren und Kriegsbilder im Kopf. Gerade die Kinder sind häufig schwer traumatisiert. Soziale Betreuung, wie z.B. durch den Verein REFUGIO ist in diesen Fällen dringend erforderlich, um diese Menschen ins Leben zurückzuholen. Eine wichtige Rolle spielen auch die Helferkreise vor Ort, deren Arbeit mehr Anerkennung verdient.

Außerdem setzen wir uns als Grüne im Landkreis München für eine möglichst dezentrale Unterbringung der AsylbewerberInnen in normalen Wohnungen ein. Die karge Ausstattung, die Essenspakete statt der selbst gestalteten Ernährung und die Enge in Gemeinschaftsunterkünften, wie dies von der Staatsregierung vorgesehen sind, haben in der Vergangenheit zu teilweise unhaltbaren Zuständen für die Bewohner geführt. Bei den Unterkünften, die der Landkreis München nun zu organisieren hat, muss für eine menschenwürdige Wohn- und Lebenssituation gesorgt werden. Für eine schnellere Integration wollen wir erreichen, dass frühzeitig kostenlose Deutschkurse für die Flüchtlinge angeboten werden.

Menschen mit Migrationshintergrund müssen in unserer Gesellschaft willkommen sein. Voraussetzung für ein besseres Zusammenleben ist ein Aufeinanderzugehen und Voneinanderlernen von Deutschen und Einwanderern. Angebote oder Integrationsverpflichtungen, die nur darauf ausgerichtet sind, (vermeintliche) Defizite auszugleichen, sollen in den Hintergrund rücken. Stattdessen wollen wir gemeinschaftsstiftende Angebote verstärkt fördern (z.B. Kulturfeste, Familienpatenschaften u.a.).

Gerade im Jugendbereich soll die Entstehung von Problemen durch eine umfangreiche Sozialarbeit gemindert werden. Das Projekt „Junge Integration“ des Kreisjugendring München-Land leistet wertvolle Arbeit und sollte auf weitere Gemeinden im Landkreis ausgeweitet werden.

Eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik wie wir sie umsetzen, steht für Liberalität und Toleranz. Niemand darf wegen Hautfarbe, Nationalität, Glauben oder sexueller Orientierung ausgegrenzt werden. Wir unterstützen deshalb die vielen lokalen Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsradikalismus und für Zivilcourage in unserem Landkreis.

## MEHR DEMOKRATIE

In einigen der Städte und Gemeinden und im Landkreis bestehen noch erhebliche Demokratiedefizite. Viele Entscheidungen werden im stillen Kämmerlein vorbereitet, in nicht-öffentlichen Sitzungen gefasst und nicht ausreichend öffentlich dargelegt. Nur in seltenen Ausnahmefällen werden sie gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt. Wir GRÜNE wollen erreichen, dass Entscheidungsprozesse frühzeitig nach außen getragen werden und Transparenz in die Rathäuser und auch ins Landratsamt einkehrt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen einen umfassenden Zugriff auf Dokumente, Vorlagen und Protokolle im Internet erhalten. Das Recht auf Akteneinsicht muss zu einem allgemeinen Recht werden. In einigen Gemeinden konnten wir bereits erreichen, dass sog. Informationsfreiheitssatzungen erlassen wurden, im Landkreis haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt.

Mit der Einführung von Informationsfreiheitssatzungen in den Kommunen wollen wir das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf den Zugang zu Informationen und Unterlagen in den Städten, Gemeinden und im Landkreis festschreiben.

Viele der kommunalen Aufgaben wurden in den letzten Jahren privatisiert und damit der öffentlichen Kontrolle entzogen. Wir wollen, dass für Gesellschaften des Privatrechts, die kommunale Aufgaben durchführen, mindestens die gleichen öffentlichen Kontrollrechte gelten, wie für die Kommunen selbst. Dort wo Aufgaben auf Zweckverbände oder kommunale Gesellschaften ausgelagert und somit der Kontrolle der Kommunalparlamente entzogen wurden, müssen die Gremien der Zweckverbände und Gesellschaften öffentlich tagen und die Bevölkerung umfassend informiert wird.

Die Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren in vielen Gemeinden das Instrument des Bürgerentscheids in Anspruch genommen, das seit 1995 existiert und mittels Volksentscheid gegen den Widerstand der CSU durchgesetzt wurde. Der Bürgerentscheid ist mittlerweile ein wirksames Korrektiv bei umstrittenen Ratsentscheidungen. Den Bürgerinnen und Bürgern wird es mancherorts aber unnötig schwer gemacht, Bürgerentscheide durchzusetzen und sie müssen ihr Recht mühsam vor dem Verwaltungsgericht erkämpfen. .

Das Miteinander im Landkreis und den Gemeinden lebt von der Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, mitzubestimmen und sich engagieren zu können. Deshalb wollen wir Prozesse voranbringen, bei denen sich die Bevölkerung unkompliziert einbringen und an Projekten mitarbeiten kann. Es gibt bereits positive Erfahrungen mit Ideenwerkstädten, Bürgerhaushalten oder Planungszellen. Allerdings muss sich das gewählte politische Gremium von vorne herein darauf einlassen, als wie verbindlich es die Ergebnisse der Bürgerarbeit anerkennen wird. Wenn dies nicht der Fall ist und die Ergebnisse dieser Prozesse einfach in der Schublade verschwinden, bedeutet dies das Ende des Engagements. Wir wollen, dass das Bürgerengagement ernst genommen wird. Ein konkretes Beispiel: Über Monate haben sich Bürgerinnen und Bürger des Landkreises bei verschiedenen Workshops eingebracht, um ein Klimaschutzkonzept für den Landkreis München zu erarbeiten. Die Ergebnisse liegen nun vor. Wir GRÜNE wollen, dass es auch tatsächlich umgesetzt wird.

Wir GRÜNE wollen die Menschen, die schließlich unmittelbar von den Entscheidungen der Kommunalparlamente betroffen sind, so eng wie möglich, frühzeitig und aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbinden. Dazu gehören Transparenz und eine offensive Informationspolitik sowie die Stärkung regionaler Initiativen, der Agenda-Gruppen oder Jugendparlamente und der direkten Demokratie.

Wir GRÜNE wollen auch die Kommunalparlamente und die Rechte der einzelnen Ratsmitglieder bzw. Fraktionen stärken, die schließlich von der Bevölkerung gewählt werden. Dazu gehört das Recht für die Ratsmitglieder auf individuelle Akteneinsicht z. B. in Verträge. Bisher können es die „Gemeindeoberhäupter“ den einzelnen Mitgliedern des Gemeinde- oder Stadtrats verweigern, sich mehr Informationen durch eigene Akteneinsicht in der Verwaltung zu verschaffen, als es der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin für die jeweilige Sitzungsvorbereitung für nötig erachtet. Transparenz lebt von Kontrolle. Diese muss durch bessere Rechte für die Kommunalpolitiker gestärkt werden.